

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 43

Erscheint Sonntags
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 18. Oktober 1925

Geschäftsstelle Berlin G. 2, Dreieckstr. 6/9 IV.
Telefon: Dierich 5329.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

Rund um den Preisabbau.

Das deutsche Wirtschaftsleben steht im Zeichen von Konferenzen. Eine Interessentengruppe nach der anderen versammelt sich, um zu der Preisentkennung der Regierung Stellung zu nehmen. In der Regel endet die Tagung mit langen Entschuldigungen und Beschlüssen, in denen dargetan wird, daß nicht die eigene Interessengruppe an der Teuerung schuld sei, sondern die Ursache bei anderen Interessentengruppen oder anderen Umständen zu suchen sei. Man spricht dann am Schluß noch die Erwartung aus, daß die Regierung dies und jenes tun müsse, erst dann sei an eine Preisentkennung in irgendeiner Form zu denken. Auf keiner Tagung der Industrie und des Handels fehlen die Klagen über die hohen Steuern und die sozialen Lasten. Ein Steuerabbau, natürlich der Steuern, die die soziale Wirtschaft leistet, wird unter allen Umständen verlangt, ohne zu überlegen, daß die Regierung Luther-Schiele-Schliegen schon längst einen solchen Steuernachlaß angeregt hätte, wenn dies möglich gewesen wäre.

Die sozialen Lasten vollends sind den Herren ein Grauel, hier hatten sie den Zeitpunkt für gekommen, um mit allen Mitteln der Demagogie gegen die Sozialrechte der Arbeiterschaft, so bescheiden sie auch sind, zu hetzen. Als letztes und wichtigstes folgt der Hinweis auf die hohen Löhne, die unter keinen Umständen weiter erhöht werden könnten. Um nun diesem Verlangen einen stärkeren Nachdruck zu verleihen, zieht man gegen die Schlichtungsinstanzen zu Felde und verlangt deren Beseitigung. So läuft die Preisabbauaktion auf nichts anderes hinaus als auf die Stabilisierung der Lohnhöhe auf den heutigen Stand und auf die Verschlechterung der Sozialrechte. In diesem Bestreben sind sich alle Kapitalgruppen einig.

Der Bankiertag, der nicht weniger als 1500 Vertreter der großen und kleinen Banken zusammen sah, faßte zu den Problemen der Zeit recht lange Entschuldigungen, worin alles das zusammengefaßt wurde, was die Banken an der vollen Entfaltung ihrer Profitwirtschaft hindert. Wenn auch der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes erklärte, daß die Forderungen der Banken und Bankiers niemals ödem Egoismus entsprungen seien, dann lehrt ein Blick auf die Beschlüsse, daß man die Gefundheit der Wirtschaft ausschließlich mit dem Wohlergehen der Banken identifiziert. Die Forderungen der Banken faßte am besten ein Redner in folgenden Worten zusammen:

Man kann nicht nachts nach Preisentkennungen schreiben und tagsüber Lohnstreiks tolerieren. Man kann nicht 2500 Millionen Reparationszahlungen auf sich nehmen und allein für laufende Reichsbedürfnisse 11 Milliarden aus dem laufenden Produktionsprozesse herauspressen. Man kann nicht einen Krieg verlieren

und in unseren Lebensformen so tun, als ob wir einen Krieg gewonnen hätten. Die Vernunft drängt zum Handeln auf der ganzen Linie...

Die Regierung soll keine Lohnstreiks tolerieren, sondern sich mit ihrer ganzen Macht auf die Seite der Unternehmer stellen. So wollen es die Herren Bankiers. Unnütz zu sagen, daß die Herren keinen Ausweg zeigten, wie die große Verdienstspanne zwischen Debet- und Kreditzinsen von 9 und mehr Prozent verringert werden soll.

Der Großhandel gab sich in Dresden ein Stelldichein. Hier wurde gegen eine Aeußerung des Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie polemisiert, der behauptet hatte, daß die Produkte auf dem Wege zwischen Produzenten und Käufer unnütz verteuert würden. Man bestritt zwar nicht, daß der Großhandel überleht sei, aber man versuchte durch einige Phrasen und unter Betonung von verteuerten Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Steuern und Zölle über die schwierige Materie des Preisabbaues hinwegzugleiten. Der Einzelhandel verwahrte sich in einer Entschuldigungs gegen den Vorwurf, daß er ein verteuert wirkendes Zwischenglied sei. Beide Teile des Handels ermahnen die Regierung, die — Konsumgenossenschaften nicht zu unterstützen. Ferner verlangen auch sie die Herabsetzung der öffentlichen Lasten.

Es ist also überall das gleiche: Haltet den Dieb! So lautet die Parole, wenn man bindende Vorschläge und ein Borangehen in den Maßnahmen zur Preisentkennung erwartet. Niemand will irgendwie schuld sein an der Preisüberhöhung, schuld haben immer die anderen. Die Hauptschuld aber trägt nach Meinung der Interessentenorganisationen die Arbeiterschaft, weil diese zu hohe Einkünfte hat, und die Arbeitsleistung geringer geworden ist! Das alte Spiel einer widerlichen Heuchelei! An dieser Stelle ist es nicht nötig, die Angriffe auf die Arbeiterschaft zurückzuweisen. Sie richten sich von selbst und sollten ihre Wirkung auf die Arbeiterschaft nicht verfehlen.

In ihrem Endergebnis stellt die Preisabbauaktion mit all dem Drum und Dran eine einheitliche Stellungnahme aller Interessenten gegen die Arbeiterschaft dar. Denn alles läuft darauf hinaus, die sozialen Rechte abzubauen und die Lohngestaltung an ihrer Fortentwicklung zwecks Hebung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterschaft zu hindern. So wäre als Resultat der Preisentkennung die Regierung Luther nur das eine festzustellen, daß die Front des Bürgertums sich geschlossen gegen die Arbeiterschaft wendet. Es ist notwendig, dies klar zu erkennen. Die Arbeiterschaft muß demgegenüber die Preisentkennung als das kennzeichnende, was sie ist: Ein systematischer Feldzug gegen die Rechte der Arbeiterschaft.

Streik in der Etuisindustrie Rathenows.

Am 12. Oktober ist es zu einem Streik der gesamten Etuisarbeiterschaft gekommen. Seit Ende Mai dieses Jahres hat die Kollegenschaft dieser Industrie von Woche zu Woche auf eine Erhöhung ihrer Löhne gehofft, aber immer wieder scheiterten die Lohnverhandlungen an den geringen Zugeständnissen der Arbeitgeber und besteht somit seit dieser Zeit kein tarifliches Abkommen mehr. Die Rathenower Kollegenschaft hat nunmehr örtliche Forderungen auf Erhöhung der minimalen Löhne um 25 Proz. gestellt. Die Antwort der Arbeitgeber darauf war eine Erklärung, daß sie keinerlei Zugeständnisse machen könnten, sondern eher an einen Abbau der seit dem 20. März gezahlten Löhne denken müßten. Eine Verhandlung mit den Arbeitgebern war vollständig resultatlos und hat darauf die Kollegenschaft den Streik beschlossen.

Wir bitten, die Rathenower Kollegenschaft in ihrem wirklich berechtigten Streik unterstützen zu wollen.

Reichstaxiverhandlungen für die Zigarettenkartonnagenindustrie.

Für die den Zigarettenfabriken angegliederten Kartonnagenbetriebe steht unsere Organisation in Verbindung mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband, dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter, dem Deutschen Verkehrsverband und bis zum Vorjahre auch dem Deutschen Metallarbeiterverband auf der einen Seite und dem Reichsarbeitgeberverband der Zigarettenindustrie auf der anderen seit mehreren Jahren in einem reichstaxiarischen Verhältnis in bezug auf die allgemeinen Arbeitsbedingungen. Die Lohnrate wurden in der zurückliegenden Zeit mit den Unternehmern örtlich abgeschlossen. Wegen der Erneuerung des Reichsmanteltarifvertrages, der am 15. Oktober abläuft, fanden am 6. und 7. Oktober in Dresden Verhandlungen zwischen den am Vertrag beteiligten Parteien statt. Auch diese Manteltarifverhandlungen standen, wie alle in diesem Jahre in den anderen Betrieben geführten, im Zeichen der Unternehmerforderungen auf Abbau.

Die Zigarettenfabrikanten haben in früheren Jahren gegenüber den anderen Unternehmergruppen, mit denen wir zu tun hatten, bei den Verhandlungen ein größeres Verständnis für die Lage ihrer Arbeitnehmer gezeigt. So war besonders die Ferienregelung die beste von allen unseren Verträgen. Im § 7 des bisherigen Vertrages stand geschrieben, daß alle Arbeitnehmer, die mehr als 10 Tage krank sind, einen Anspruch auf Lohn für die Dauer von 5 Tagen haben, eine ohne Zweifel für die Arbeitnehmer günstige Bestimmung, die leider bisher in keinem unserer anderen Verträge durchgeführt werden konnte. Bei den diesmaligen Verhandlungen haben aber nun auch die Herren Zigarettenfabrikanten getreu der Anweisung der Zentrale der Arbeitgeberverbände gehandelt. Sie verlangten eine Arbeitszeitregelung, die bis 60 Stunden in der Woche gehen sollte, sie verlangten mit größtem Nachdruck die Beseitigung des erwähnten § 7, sie forderten weiter einen erheblichen Abbau der Ferienbestimmung und manches andere. Daß unter solchen Umständen von vornherein nur wenig Aussicht vorhanden war, zu einem neuen zentralen Vertragsverhältnis zu kommen, liegt auf der Hand. Nach überaus mühseligen Verhandlungen, die am zweiten Tage bis in

die Mitternachtsstunde ausgedehnt wurden, kam es dennoch zu einer provisorischen vorläufigen Regelung. Zu einem direkten Abschluß ist es bis zur Stunde nicht gekommen, da die noch anwesenden Arbeitgebervertreter am anderen Tage den Verhandlern der Arbeitnehmer gegenüber erklärten, daß sie die unterchriftliche Anerkennung vorerst noch abhängig machen müßten von einer nochmaligen Rücksprache mit ihren Mitgliedern.

Unter Würdigung der Gesamtlage, wie sie sich uns gegenwärtig darstellt, kann gesagt werden, daß das Ergebnis der Beratungen für die Arbeitnehmer kein günstiges geworden ist. Wohlthuend von allen unseren Verträgen ist insbesondere ab der Regelung in bezug auf die Arbeitszeit. Es heißt dort:

Als Arbeitszeit gilt die 48stündige Arbeitswoche mit der Maßgabe, daß an Sonnabenden und an den Tagen vor gesetzlichen Feiertagen spätestens mittags 1 Uhr Arbeitsluß ist.

Es heißt dann weiter:

Im Bedarfsfalle sind im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung Ueberstunden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmung über die Arbeitszeit zu leisten. Erfolgt keine Einigung zwischen Betriebsvertretung und Betriebsleitung über die Leistung von Ueberstunden, dann sind diese zunächst zu leisten, über die Berücksichtigung entscheidet innerhalb 3 Tagen endgültig der Sachschlichtungsausschuß.

Für die ersten vier in einer Woche geleisteten Ueberstunden wird ein Zuschlag von 15 Proz., für die weiteren ein solcher von 25 Proz. bezahlt. Diese Regelung ist eine wesentlich bessere als die bisherige und auch wesentlich günstiger als in allen unseren übrigen Verträgen. In bezug auf den § 7 haben die Arbeitnehmerparteien eine Konzession machen müssen, und zwar insoweit, als es jetzt heißt, daß im Krankheitsfalle erst dann für 5 Tage Lohn gezahlt wird, wenn der betreffende Arbeitnehmer 24 Arbeitstage krank war. Das Wesentlichste aber ist, daß in bezug auf die Ferienregelung, abgesehen von ganz kleinen unwesentlichen Abweichungen, der bisherige Zustand erhalten werden konnte. Hervorgehoben zu werden verdient, daß auch der Metallarbeiterverband sich wieder bereit erklärt hat, dem Vertrag beizutreten. Die für diese Gruppe wichtigste Bestimmung des Vertrages hat eine Veränderung insoweit erfahren, als der jetzigen Bestimmung im § 8 die Worte angefügt werden:

„bei Mangel an gelerntem Maschinenführern und da, wo bisher weibliche Arbeitskräfte Maschinen bedienen, dürfen solche weiter angelernt und beschäftigt werden.“

Diese Änderung ist eine Konzession an die Unternehmer, die die Metallarbeiter eingehen mußten.

„Trei von allen Bindungen und Hemmungen im Tarifvertrag“, das war auch hier, wie bei allen Tarifverhandlungen der letzten Monate, die Parole der Unternehmer. Daß diese Bestimmung nicht zum Schaden der Maschinenführer ausschlagen wird, dafür wird diese Gruppe schon zu sorgen wissen. Insgesamt genommen dürfen wir sagen, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen in der Zigarettenkartonnagenindustrie noch immer vorteilhaft absteht von der unserer anderen verwandten Industrien.

Die scharfen Kalkulationen unserer Unternehmer.

Bei unseren Lohnverhandlungen sowohl wie in den Unternehmerblättern wird fortgesetzt das Klagebild von der hohen Belastung der Industrie durch hohe Steuern, soziale Lasten, Löhne usw. gefungen und immer wieder versichert, daß man nur durch allerhöchste Kalkulationen imstande sei, Aufträge zu bekommen. In Wirklichkeit scheint es doch anders um diese „genauen“ Kalkulationen bestellt zu sein. Die Unternehmerblätter selbst liefern dafür bin und wieder Beweise, die jeden unbefangenen Beobachter stutzig machen müssen. Ein Beispiel von vielen:

Aus einem in den „Mitteilungen des VDB.“ veröffentlichten Schriftwechsel zwischen dem Buchbinderfaktor und einer großen Verlagsdruckerei geht hervor, daß sie in ihrer eigenen Buchbinderabteilung circa 200 Personen mit circa 25 Proz. über den Tarif der Großbuchbindereien beschäftigten, daneben aber noch an vier bis fünf andere Großbuchbindereien erhebliche Aufträge geben müssen. Infolge der außerordentlich großen Aufträge erhält die

Verlagsdruckerei ganz besonders günstige Angebote in Material. Da sie aber dem VDB. nicht angeschlossen ist und dessen Materialpreisliste bzw. Kalkulationsrichtlinien nicht erhält, kalkuliert sie die Buchbinderarbeiten nach den wirklich gezahlten Materialpreisen. Bei dieser an sich einwandfreien Kalkulationsart sollen aber die Preise für die Buchbinderarbeiten oftmals 30 bis 40 Proz. unter dem Verbandspreis liegen. Ebenso auffällig ist die weitere Angabe, daß auch die anderen vier bis fünf Großbuchbindereien sich bereit fanden, die Buchbinderarbeiten dementsprechend billiger zu machen. Die Behauptung, daß auch die anderen Großbuchbindereien einen solch erheblichen Preisablaß von 30 bis 40 Proz. zugestanden haben sollen, klingt so ungeheuerlich, daß man sich fragen muß, wie so etwas möglich ist. Denn ohne Verdienst haben sie doch auch dann noch gearbeitet.

Ob die „Mitteilungen“ mit der Veröffentlichung dieses interessanten Briefwechsels nicht dem VDB. selbst damit einen Bärendienst erwiesen haben, wollen wir dahingestellt sein lassen. Uns interessiert lediglich das offizielle Eingeständnis, daß eine der größten Verlagsgesellschaften trotz ihrer höheren Löhne, die 25 Proz. über denen der Großbuchbindereien liegen, dennoch 30 bis 40 Proz. ihrer Buchbinderarbeiten billiger kalkulieren kann, als die offizielle Materialpreisliste des VDB. dieses zuläßt. Es erscheint ohne weiteres verständlich, daß Verlagsbuchdruckereien mit eigenen Buchbindereien ihre Buchbinderarbeiten billiger herstellen können. Aber dieser Preisunterschied bis zu 40 Proz. muß doch jeden stutzig machen. Zweifelsfrei erscheint nur das eine: **Nicht die Löhne sind die Ursache für diese Kalkulationsunterschiede!**

Der Arbeitsmarkt im September.

Die ungünstigere Wirtschaftslage, die sich im Vormonat zum erstenmal in diesem Jahre auch in unserem Gewerbe zeigte, hat in diesem Monat eine weitere Verstärkung erfahren. Besonders die Zahl der Arbeitslosen ist recht erheblich gestiegen, nämlich von 1654 = 3 Proz. auf 2120 = 3,8 Proz.; während die der Kurzarbeiter etwas gesunken ist. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen stieg von 678 = 3,9 Prozent auf 850 = 4,9 Proz.; die der weiblichen von 976 = 2,6 Proz. auf 1270 = 3,3 Proz. Die Kurzarbeiterziffer dagegen fiel bei den männlichen Mitgliedern von 1307 auf 1162 = 6,5 Proz.; die der weiblichen von 2763 auf 2651 = 7 Proz.; so daß wir am Stichtag 2012 männliche und 3921 weibliche Arbeitslose und Kurzarbeiter zählten. Besonders schwer liegt der Arbeitsmarkt in Berlin und Leipzig darnieder. So sind in Berlin 11 Proz. Arbeitslose und 7 Proz. Kurzarbeiter, während Leipzig wohl nur 4,4 Proz. Arbeitslose, dagegen 16 Proz. Kurzarbeiter hat.

Zieht man diese beiden Prozentstellen von den Gesamtzahlen ab, so sinkt der Prozentsatz bei den Arbeitslosen auf 2,5, bei den Kurzarbeitern auf 5 Proz. Die Mehrzahl der Kurzarbeiter, nämlich 60 Proz., waren nur halbe Tage beschäftigt.

Wie im vorigen Monat, arbeitet auch jetzt noch in Seiffennersdorf die gesamte Kollegenschaft verlustig. Aber mit Ausnahme dieser Zahlstelle sowie in Leipzig ist im allgemeinen die Konjunktur in Sachsen noch eine ziemlich günstige. Eine besonders günstige Lage des Arbeitsmarktes finden wir noch in Süddeutschland einschließlichs Bayern sowie im Gau Hannover.

Der Mitgliederbestand beträgt 56 000, darunter 38 125 = 68 Proz. weibliche.

Eine deutsche Buchausstellung in Amerika.

Die Columbia-Universität in New York veranstaltet gegenwärtig eine Ausstellung von 15 000 neu erschienenen deutschen Büchern, die einen Ueberblick über die deutsche Geistesgeschichte der letzten zehn Jahr darstellt. Der Eröffnung der Ausstellung wohnten eine große Anzahl bekannter Gelehrter, Schriftsteller und Verleger bei. Der Präsident der Universität hielt die Festrede, die in einen Aufruf zur Einigkeit an die geistigen Kräfte der Welt ausklang. Deutschland, Frankreich, England, Italien und Amerika, führte der Redner aus, können, wenn sie wollen, so ein Band des Friedens knüpfen, das keine Gewalt zu zerreißen vermag.

Papier und Technik.

Die einflussreichsten umrissenen Grenzen der einzelnen Handwerksgruppen sind durch die Entwicklung der Technik allmählich immer mehr verwischt worden. Und noch andauernd weiter ist die Technik eifrig bemüht, die noch jetzt bestehenden Schranken zwischen den einzelnen Industriegruppen immer mehr niederzureißen. In welcher starken Maße auch unsere Papier verarbeitende Industrie davon berührt wird, geht aus einer Erfindung hervor, auf die einem französischen Konzern in den letzten Tagen ein Patent erteilt worden ist.

Wie Tageszeitungen melden, erhielt der Konzern ein Patent auf die Herstellung von — **Bauklöcken** und Brettern aus Papier. Diese leichten und außerordentlich widerstandsfähigen Bretter und Klöße sollen sich für Bauzwecke sehr gut eignen. Wenn wir in diesem Zusammenhang weiter daran erinnern, daß vor längerer Zeit erfolgreiche Versuche gemacht wurden, aus Papiermasse Eisenbahnräder herzustellen, dann scheint die Zeit nicht mehr allzufern zu liegen, in der sich die Papierverarbeiter mit den Bau-, Holz- und Metallarbeitern als verwandte Berufsgenossen werden begrüßen können.

Vom Baum zur Zeitung.

Einen interessanten Beweis für den Fortschritt unserer Technik liefert jüngst eine Harzer Papierfabrik. Um festzustellen, wieviel Zeit nötig sei, um einen Baumstamm in eine Zeitung zu verwandeln, ließ der Besitzer der Papierfabrik eines Morgens 7.35 Uhr in dem in der Nähe seiner Fabrik gelegenen Walde drei Bäume fällen, die nach Abschälung der Rinde sofort in die Holzstofffabrik gebracht wurden. Die drei Holzstämme wurden dann so schnell in flüssige Holzmasse verwandelt, daß bereits um 9.30 Uhr vormittags die erste Rolle Druckpapier die Maschine verlassen konnte. Das Druckpapier wurde im Auto darauf nach der 4 Kilometer entfernten Druckerei einer Tageszeitung geschafft und sofort zur Drucklegung der Zeitung verwandt. Um 11 Uhr vormittags konnte die aus diesem Papier hergestellte Zeitung auf der Straße verkauft werden. Es hatte also nur eines Zeitraumes von 3 Stunden und 25 Minuten bedurft, um dem Publikum die neuesten Nachrichten auf einem Papier aus den Bäumen vorzuliegen, deren Zweige noch am gleichen Morgen Schatten gespendet hatten!

(Journal für Buchbinderei.)

Die Behandlung der Pinsel in der Buchbinderei.

Sind die Pinsel noch neu, so fallen gar oft Borsten aus und setzen sich an der bestrichenen Fläche fest. Aus mancherlei Art hat man es schon zu verhindern gesucht, leisten aber wohl mit befriedigendem Erfolg. Diesen erzielt man aber, wenn man solche neue Pinsel so einstellt, daß die Borsten nach oben ragen, hierauf einen Streifen dünner Pappe, etwa 2 Zentimeter breit, antestigt um Borsten und Gebinde so festgewickelt, daß seine Flüssigkeit durchdringen kann, und schließlich die Vertiefung um die Borsten herum mit aufgelöstem Schellack ausfüllt. Solchermaßen behandelte Pinsel werden ihre Borsten nicht überallhin verlieren. Sind Pinsel schon klumpig und ganz hart geworden, so müssen sie zunächst mit einem harten Gegenstand beklopft, also aufgelockert werden. Je gründlicher sich schon hierbei die Borsten voneinander scheiden, um so besser. Doch kommt jetzt erst die Hauptbehandlung, die darin besteht, daß man die Pinsel bis zum Gebinde in eine Lösung aus kohlenstoffsaurem Natron steckt, in welcher sie bis zum mindesten 24 Stunden verbleiben müssen. Hiernach hat sich der zwischen den Borsten befindliche verhärtete Klebstoff so erweicht, daß er mit Hilfe einer mäßigen SodaLösung entfernt werden kann. Jeder Pinsel hält natürlich um so länger, je sorgfältiger mit ihm umgegangen wird. Wird er daher öfter einmal einer wohltätigen Säuberung unterzogen, so wird er seinen Pfleger dafür auch durch saubere, glatte Arbeitsverrichtung reichlich entschädigen. Nachtsüber läßt man außerdem nicht, wie es doch so häufig geschieht, die Pinsel in der Klebmasse liegen, sondern gibt sie vielmehr in Wasser, wodurch sie sauber erhalten werden.

Abrechnung der Verbandsklasse.

Einnahmen.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Eingeliefert von den Zahlstell. u. Gauen', 'Für Reichsmanteltarife und Lohnabkommen', 'Kontoführung und Nachträge', etc.

Ausgaben.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Gehälter der Beamten und Hilfskräfte', 'Eignungsgelder an Verbandsvorstand', 'Miete, Licht, Heizung und Reinigung', etc.

Bilanz.

Summary table for Bilanz with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahmen', 'Ausgaben', 'Mehreinnahme'.

Abrechnung der Funktionär-Unterstützungskasse.

Einnahmen.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Bestand am 31. März 1925', 'Beiträge der Zahlstellen und Gauen pro 1. Quartal 1925', etc.

Ausgaben.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Beiträge an die Unterstützungs-Vereinigung pro 2. Quartal', 'Krankenunterstützung an 2 Mitglieder in Berlin (1. Quartal)', etc.

Fr. Vender, Verbandskassierer.

Die Richtigkeit vorstehender Abrechnungen, sowie der Bücher und Kasse bestätigten: Berlin, den 9. Juli 1925.

Hausen, 1. Vorsitzender.

Die Revisoren:

Albert Hoffmann, H. Bratlow, Hugo Lemser.

Abrechnung des Verbandes

Abrechnung

Main table with 12 columns: Gemeinde Nummer, Name des Ortes bzw. Gaus, Mitgliederzahl an Quartalschluß (männl., weibl.), Summa der Einnahmen (M., P.), Summa der Ausgaben einschließlich Eingelands (M., P.), Eingelands an die Verbandskasse (M., P.), Am Orte behalten fürs nächste Quartal (M., P.), Ausgaben fürs nächste Quartal (M., P.). Rows are grouped by region: Gau Nordosten, Gau Schlesien, Gau Ostpreußen, Gau Hannover, Gau Rheinland-Westf., Gau Westfalen, Gau Rheinland-Luth.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

	Mitglieder	
1. Beitragsklasse	379 männl.	4748 weibl.
2. "	599	12180
3. "	1207	18140
4. "	3565	1842
5. "	11112	7

Außerdem gehörten noch 659 männliche Handwerkslehrlinge der Lehrlingsklasse an, gegenüber 626 am Schluß des vorigen Quartals.

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des 2. Quartals 1121 männliche und 4872 weibliche Berufsangehörige, und aus anderen Organisationen traten 82 männliche und 173 weibliche Mitglieder zu unserem Verband über. Diese Zugänge verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen:

a) männliche:			
Lehrlingsklasse	164	Eintritte und	—
1. Beitragsklasse	93		—
2. "	61		3
3. "	124		0
4. "	242		23
5. "	437		47

b) weibliche:			
1. Beitragsklasse	1131	Eintritte und	11
2. "	1898		81
3. "	1718		78
4. "	185		8
5. "	—		—

An Eintrittsgeld wurden 2950,75 M. entrichtet, davon 678,25 M. von männlichen und 2272,50 M. von weiblichen Mitgliedern.

An Beiträgen wurden insgesamt 330 714,95 M. geleistet. Davon entfallen auf die männlichen Mitglieder für 184 943 Beiträge 163 088,60 M., auf die weiblichen Mitglieder für 352 868 Beiträge 166 961,45 M. und auf die Lehrlingsklasse für 6649 Beiträge 664,90 M. Nach dem Durchschnitt berechnet leistete in den 13 Wochen des Quartals jedes männliche Mitglied 10,9 Beiträge und jedes weibliche Mitglied 9,7 Beiträge. Die durchschnittliche Höhe des

einzelnen Beitrages beträgt bei den männlichen Mitgliedern 88,2 Pf., bei den weiblichen Mitgliedern 47,3 Pf. und bei beiden zusammen 61,4 Pf.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt sich die Beitragsleistung wie folgt:

a) männliche Mitglieder:

Beitragsklasse	6649 Beitr.	à 10 Pf.	=	664,90 M.
1. Beitragskl.	3490	à 25	=	872,50
2. "	591	à 45	=	266,25
3. "	6226	à 40	=	2490,40
4. "	14 105	à 55	=	7757,75
5. "	35 982	à 75	=	26986,50
5. "	125 179	à 100	=	125 179,—

zusammen 184 943 Beiträge = 103 088,60 M.

b) weibliche Mitglieder:

Beitragsklasse	42 207 Beitr.	à 25 Pf.	=	10 551,75 M.
2. "	113 897	à 40	=	45 558,80
3. "	184 593	à 55	=	101 526,15
4. "	12 585	à 75	=	9 437,75
5. "	88	à 100	=	86,—

zusammen 352 868 Beiträge = 196 961,45 M.

Von den vom A.D.B. ausgegebenen Sammelmarken ist noch für 853 Marken à 50 Pf. der Betrag von 426,50 M. eingegangen.

An sonstigen Einnahmen sind noch 38 M. zu verzeichnen, davon 6,50 M. Rest für die Sammlung in Eisenberg, 10 M. für zurückgezahlte Unterstützung und 21,50 M. für Mitgliedsarten und alle Beiträge.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gauen belaufen sich auf 334 130,20 M. Zuschüsse aus der Verbandskasse waren nur an die Bezirksleiter in Höhe von 16 670,70 M. erforderlich.

Die gesamten Ausgaben der Zahlstellen und Gauen belaufen sich, ausschließlich der an die Verbandskasse eingelangten Beträge, auf 72 452,51 M. An die Verbandskasse wurde der Betrag von 257 909,12 M. eingelangt.

Von den Ausgaben entfallen für Arbeitslosenunterstützung: an männliche Mitglieder für 8257 Tage 6879 M. und an weibliche Mitglieder

für 4980 Tage 2764,90 M., zusammen für 13 237 Tage 9643,90 M.

Für Invalidenunterstützung wurde an 88 Invaliden 5577,25 M. und für Umzugsunterstützung an 3 männliche Mitglieder der 5. Klasse 150 M. gezahlt. An die Hinterbliebenen von 19 männlichen Mitgliedern sind zusammen 1954 M. zur Auszahlung gelangt. Als Gemahregelgte waren 2 männliche und 5 weibliche Mitglieder mit zusammen 239,75 M. zu unterstützen.

Für Streiks- und Lohnbewegungen wurden in den Zahlstellen 6931,80 M. verausgabt, davon für Streikunterstützung an 16 männliche Streikende 518,55 M. und an 121 weibliche Streikende 1363,60 M.

Für außerordentliche Agitation wurden in den Zahlstellen 846,55 M. aufgewendet. Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben mußten 47 109,26 M. den Zahlstellen und Gauen befallen werden. Als Vortrag für das 3. Quartal verblieben in den Kassen der Zahlstellen und Gauen 66 979,56 M., dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 8031,70 M. gegenübersteht.

In den Separatabrechnungen der Bezirksleiter sind an Einnahmen noch 9,23 M. für zurückgestattetes Porto zu verzeichnen, während an Ausgaben 22 894,89 M. zu bestreiten waren. Diese haben einen Bestand von 138,77 M., dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 5264,57 M. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 271 463,41 M. und an Ausgaben 88 879,27 M. auf, so daß ein Ueberschuß von 182 584,14 M. verbleibt, wovon 60 494,45 M. auf die Reserven für die Invalidenunterstützung entfallen.

Für die Unterstützungskasse der Funktionäre schließt das 2. Quartal mit einem Bestand von 11 493,86 M. ab.

H. v. Lender.

Mensch, Arbeit und Kultur.

X. Der Achtstundentag ist in der gesamten Arbeitnehmerschaft die große Kulturforderung, die in unserer Zeit ihre endgültige Erfüllung verlangt. Sie ist allein schon durch die hochentwickelte Maschinenteknik berechtigt. Und die Erfahrung hat bewiesen, daß die Verwirklichung dieser Kulturforderung auch wirtschaftlich möglich ist. Gewiß gibt es Betriebe, die über einen Rückgang der Produktion bei Verkürzung der Arbeitszeit klagen, doch haben andere Betriebe das Gegenteil bewiesen, und der Vergleich hat gelehrt, daß das Zurückbleiben der Produktion nicht auf den Achtstundentag als solchen, sondern auf die mangelhafte Betriebseinrichtung und die ungenügenden Arbeitsmethoden zurückzuführen ist. Die deutsche Wirtschaft hat in den Inflationsjahren nichts als öde Gewinnjügerei gekannt. Die deutsche Valuta hatte in ihrem Tiefstande zur Spekulation geführt. Sie hatte den intensiven Gestaltungswillen des Unternehmertums gelähmt und damit Bedingungen geschaffen, die, wie es feinerzeit in einer Schrift des A.D.B. hieß, „alle wirtschaftlichen Antriebe zu einer Hebung der Produktivität, zu einer Rationalisierung der Produktion auf der Seite der Unternehmer ausgeschaltet haben.“

Eine rationelle Gestaltung der Wirtschaft, die der Achtstundentag verlangt, hat aber nicht nur eine technische und organisatorische Modernisierung des Betriebes nötig, die der soziale Gedanke auch verlangen kann. Zur rationalen Wirtschaft gehört auch die Einstellung auf die Arbeiterpsychologie. Die Arbeit muß so gestaltet sein, daß der Mensch im Schaffenden nicht ertötet wird. Der Mensch ist etwas Lebendiges, Innerliches, Seelisches, das sich einfach nicht ohne Schaden für den Angreifer verzwangt läßt. Der Mensch ist nun einmal keine

Maschine, und gerade unsere Zeit, die so laut und vernehmlich sehnd aus der Tiefe heraus nach Recht schreit und Menschlichkeit, gerade diese unsere Zeit verlangt gebieterisch, daß die Wirtschaft neben der technischen Gestaltung auch auf die Arbeitnehmerseele, auch auf den Menschen im Arbeiter Rückblick nimmt.

Diehl, ein Gegner des Achtstundentages, schrieb einmal von den bekannteren älteren Musterbeispielen von Unternehmen, in denen sich der Achtstundentag bewährt hat (Abbé, Freese u. a.): „Es sind fast ausnahmslos Betriebe, an deren Spitze nicht nur sehr erfolgreiche Unternehmer stehen, sondern zugleich auch Unternehmer, die als humane, idealistisch veranlagte Arbeitgeber und als Bahnbrecher für große soziale Reformen einen Namen haben.“

Man hat bei den Siemenswerken wie in anderen Betrieben festgestellt, daß die Arbeit der „Produktiven“ beim Achtstundentage der Leistung einer längeren Arbeitszeit gleichkommt, und daß nur die „Unproduktiven“ mit ihrer Leistung zurückbleiben.

Ist denn das nicht ein ausgeprägter Beweis für die Notwendigkeit einer Berücksichtigung des lebendigen Seelischen? Produktivität ist nicht möglich ohne Arbeitsfreude. Das ist vom kulturellen Standpunkte aus ein großartiges staatspolitisches Ergebnis, mit dem bewiesen ist, daß der Mechanismus des Kapitalismus den Menschen doch noch nicht ertötet hat. Da, wo noch eine gewisse Berufsfreude vorhanden, und wo der Mensch noch eine gewisse Arbeitsseele in sein Werk legen kann, da ist die Produktion höher als da, wo der Mechanismus den Menschen zur leeren Maschine macht.

Damit ist auch der soziale Ausbau des Betriebes von grundlegender Bedeu-

tung für den Achtstundentag und für die Produktion. Genügende Löhne und Gehälter, die rechte Durchsetzung der Arbeit mit Ruhepausen, lichte, frohe Arbeitsräume, soziale Regelung des Urabbaus wie mechanische Behandlung und dergleichen muß vorhanden sein, wenn die Arbeitszeit den höchsten Grad der Produktivität erreichen soll. Das gilt für alle Betriebe wie für alle Gruppen der schaffenden Menschen. Der Mensch ist noch nicht ertötet, und er läßt sich auch nicht ertöten, und wenn die Gewerkschaften dieses Recht auf den Menschen durch soziale Arbeitsgestaltung erkämpfen, dann leisten sie mit diesem Kampfe eine Tat für die Produktivität der Wirtschaft wie auch für die neue Kultur, in der das eine und höchste der Mensch sein wird.

Kindereinwanderung nach Kanada.

Die Kindereinwanderung wird in Kanada begünstigt, da die eingewanderten Kinder zu landwirtschaftlichen Arbeitern erzogen werden können, deren Kanada besonders bedarf. Eine Umordnung der britischen Regierung hat das System der Kindereinwanderung in Kanada untersucht und Verbesserungen vorgeschlagen. Die kanadische Regierung hat auch die Verordnung betreffend die Einwanderung von Kindern abgeändert. Von nun an wird das kanadische Sozialamt für Kinderwohlfahrt eine Beschäftigung aller Häuser vornehmen, in denen eingewanderte Kinder untergebracht sind, und man wird dahin streben, daß jedes Kind mindestens ein Bett, wenn möglich ein Zimmer für sich allein habe. Es werden auch Vorkehrungen getroffen werden, um zu verhindern, daß ein Kind in einem Hause untergebracht wird, das bei einer früheren Beschäftigung als unbefriedigend befunden wurde. Aus der neuen Verordnung ist ersichtlich, daß auf dem Gebiete der Kindereinwanderung in Kanada keine erfreulichen Zustände herrschen.

Abschaffung der Heimarbeit.

Unter dem wuchtigen Eindruck der letzten Heimarbeitsausstellung hat ein ganz erheblicher Teil der Tagespresse, wie auch eine Anzahl wirtschaftlicher Zeitschriften sich die Forderung zu eigen gemacht, daß die beste Lösung des Heimarbeitsproblems das völlige Verschwinden der Heimarbeit wäre und dies mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Interesse durchaus vereinbar sei. Selbst die dem Unternehmertum sehr nahe stehende „Industrie- und Handelszeitung“ bedauert, daß dieses Ziel vorläufig noch nicht erreichbar sei.

Die Forderung jener Blätter auf völlige Beibehaltung der Heimarbeit hat den lebhaftesten Unwillen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hervorgerufen, in deren Organ ein Volkswirt Dr. Will sich hiergegen wendet. Aber selbst Will muß zugestehen, daß in der Heimindustrie erhebliche Mängel vorhanden sind. Nur meint er, daß es sich dabei u. a. hauptsächlich „um sterbende Industrien handeln wird, oder solche, wo die Hausarbeit überlegenen Betriebsformen weichen muß“. Daß es sich bei der Heimarbeit — von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen — nicht um aussterbende Industrien handelt, hat auch die letzte Heimarbeitsausstellung hinlänglich bewiesen. Wenn aber von Dr. Will weiter die Tatsache zugegeben wird, daß die Hausarbeit der überlegenen Betriebsform weichen muß, so beweist doch das noch immer starke Vorhandensein der Hausarbeit die Rückständigkeit unserer Industrie bzw. ihrer Betriebsform.

Die Arbeitslosenversicherung im Ausland.

Deutschland ist gegenwärtig im Neubau seiner Arbeitslosenversicherung begriffen. Eine im Kommissionsverlag von Dr. Hans Preiß, Berlin C. 19, erschienene Schrift des Internationalen Arbeitsamtes, „Die Arbeitslosenversicherung“ kommt deshalb gerade zur rechten Zeit, um einen Vergleich der ausländischen Arbeitslosenversicherung zu erleichtern mit dem, was in Deutschland auf diesem Gebiet bereits besteht und was weiter projektiert ist.

Eine staatliche Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit besteht in Großbritannien, Irland, Australien, Italien, Oesterreich, Polen und Australien. Es sind in diesen Ländern insgesamt 16 1/2 Millionen Arbeiter versichert, abgesehen von Rußland, für das entsprechende statistische Angaben fehlen.

Auf freiwilliger Versicherung baut sich die Arbeitslosenfürsorge auf in: Dänemark, Frankreich, Norwegen, Holland, Finnland, Spanien, der Schweiz, Belgien und der Tschechoslowakei. Meistens werden in diesen Ländern die Unterstufungen durch die Gewerkschaften ausgegahlt, die staatliche Zuschüsse zu diesem Zweck erhalten. Die Gewerkschaften sind dann in der Regel gesetzlich verpflichtet, eine besondere Kasse für die Arbeitslosenunterstützung zu führen, die von der Regierung oft sehr genau kontrolliert wird.

In allen Ländern verstärkte sich in den letzten Jahren immer mehr die Tendenz, an die Stelle freiwilliger Unterstützungsleistungen den Rechtsanspruch der Arbeiter auf Arbeitslosenunterstützung zu setzen. Der Arbeiter soll als Inhaber von Rechten, als Gläubiger den Organen der Arbeitslosenunterstützung gegenüberstehen, und nicht als Bittsteller, dessen Bedürftigkeit unter Umständen noch ausdrücklich nachgeprüft werden kann. Dieser Grundgedanke liegt sich in allen Ländern immer mehr durch. Er charakterisiert auch die gegenwärtig im Zuge befindliche Entwicklung der Arbeitslosenfürsorge Deutschlands zu einer wirklichen Arbeitslosenversicherung.

Wie in Deutschland sind auch in fast allen anderen Ländern die Landarbeiter, die Hausangestellten und die in öffentlichen Diensten stehenden Personen von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen. Der Ausschluß einzelner Arbeitergruppen von der Arbeitslosenfürsorge geht in manchen Ländern noch weiter und betrifft dort Privatangestellte in fester Stellung, geistige Arbeiter, Schauspieler und häufig einen Teil der Saisonarbeiter. Der soziale Wert der Arbeitslosenversicherung wird durch die Ausschaltung bestimmter Gruppen — in manchen Ländern sind es gerade die am häufigsten von Arbeitslosigkeit Betroffenen — sehr herabgemindert.

Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung werden fast in allen Ländern von öffentlichen Körperschaften, von Arbeitgebern und von Arbeitnehmern gemeinsam aufgebracht.

**Vorwärts leiste dich stets
der wackere Wille des Guten,
sind auch die Trübe nicht gleich,
sei nur die Richtung gerade.**

Ein Jubiläum der Schülerwerkstätten.

Es sind jetzt 25 Jahre her, daß der bekannte Münchener Universitätsprofessor Dr. Georg Kerschsteiner, damals Schulkat in München, den bereits vorhandenen freiwilligen gewerblichen Unterricht in der 8. Klasse in München durch die Einrichtung von Schülerwerkstätten ausgebaut hat.

Ein Vierteljahrhundert haben sich diese Werkstätten jetzt bewährt, und doch sind sie noch eine vereinzelte Erscheinung in Deutschland. Die Erwerbstätigen haben bewiesen, daß es kein besseres Mittel zur Erziehung als die Arbeit gibt. Gewiß haben die Werkstätten auch einen praktischen Wert. Besonders sind sie von großer Bedeutung für die Berufswahl, weil sie Gelegenheit zur Erkenntnis der Neigung und des Talents geben. Doch ist der eigentliche Zweck dieser Schülerwerkstätten ein erzieherischer. Der Arbeitsunterricht soll helfen, den Menschen zum sittlichen Charakter zu erziehen. Er soll zu Ordnung, Verantwortung, Pünktlichkeit, Solidarität bilden und damit durch die Arbeit und aus der Arbeit heraus den Gemeinsinn wecken und pflegen.

Gerade von unserem Standpunkte aus, der gegen die Gestaltung der Arbeit als Lohnflaverei gerichtet ist, würdigen wir dieses Jubiläum Kerschsteiners als das Jubiläum einer sozialen Tat. Schulen mit der Arbeit als erzieherischen Mittelpunkt erziehen zu der Erkenntnis, daß die Arbeit auch im Leben nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der sittliche Mittelpunkt zu sein hat. Und ein Geschlecht, das den hohen sozialen Gedanken der Arbeit in solchen Schulen selber erlebt hat, weiß auch im praktischen Leben die Stelle einzunehmen, von der aus es das Leben im Sinne einer sozialen Ethik der Arbeit gestalten kann.

Internationales.

Schweden. Der Tarifvertrag im schwedischen Buchbindergewerbe, gültig für etwa 3000 Arbeiter, wurde beiderseitig gekündigt. Unsere Kollegenschaft verlangt Erhöhung der Stundenlöhne und Akkordpreise um 25 Prozent, andere Teuerungseinstellung der Ortsgruppen und Erweiterung des Urlaubs.

Schweiz. Die Tarifverhandlungen sind noch fortgesetzt sehr schwierige. Seit zwei Jahren besteht für die Basler Buchbinder kein Tarifvertrag mehr. Bei den jetzigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt empfahl dasselbe einen Vergleichsvorschlag, den unsere Kollegenschaft für unannehmbar hält.

Auch die Sektionen Bern, Zürich und Winterthur stehen in Tarifverhandlungen und ist in Bern

bereits am 19. September die Kollektivkündigung eingereicht worden.

Auch unsere Schweizer Bruderorganisation propagiert eine bessere berufliche Ausbildung. Besonders in Handvergoldern. Unter anderem finden Handvergolderkurse in Luzern und Genf statt. In Genf findet der Kursus in der Gewerbeakademie statt und wird dort den Schülern sämtliches Werkzeug kostenlos zur Verfügung gestellt. Material dazu wird zum Selbstkostenpreise abgegeben.

Berichte.

Berlin. Unsere Kollegin Hedwig Kleinig konnte in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit in der Großbuchbinderei von Uderig u. Bauer und zur gleichen Zeit auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserem Verband zurückblicken. Wir wünschen der Jubilarin auch weiterhin geistige und körperliche Frische und Rüstigkeit.

Braunschweig. Mitte September konnte unser Kollege Wilhelm Borchers auf eine 50jährige Berufstätigkeit als Buchbinder im Verlag Henry Litolff zurückblicken. Anlässlich dieses Tages wurde der Jubilar von der Firma als auch von seinen Kollegen und Kollegen durch G. Jähne geehrt. Mögen dem Kollegen Borchers noch recht viele Jahre in geistiger und körperlicher Frische beschied sein.

Neustadt a. d. H. Am Dienstag, den 6. Oktober, fand im Lokal „Schiff“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Würzberger-Franzstr. a. M. referierte. In seinem einündigen Vortrag über „Wirtschaftsfragen und Gewerkschaften“ verstand es Redner vorzüglich, den Nutzen des festen Zusammenschlusses der Arbeiter und Arbeiterinnen vor Augen zu führen. Anschließend wurde vom Kollegen Menzel der Bericht vom Gaulag in Heidelberg gegeben. In der Diskussion wurde u. a. auch die Gehaltsregelung der Angestellten und die Nachzahlung geahndelt. Dazu ergriff Kollege Würzberger das Wort, aus dessen Ausführungen zu ersehen war, daß die neue Gehaltsregelung und auch die Nachzahlung für unsere Angestellten zu Recht befürchtete, was auch von der Versammlung eingesehen wurde, da ihre Entlohnung schon seit der Stabilisierung der Mark weit hinter der der Angestellten anderer Organisationen zurückgeblieben ist und sie sich immer zufriedener geben bis zum Verbandstag, wo nun die Regelung stattfinden. Letzten Endes müssen wir auch unseren Angestellten ein Gehalt geben, womit wir auch vor den Unternehmern bestehen können. Unter Punkt „Beschiedenes“ wurde kritisiert, daß wir zum Verbandstag nicht mit Material zur Wahl des Delegierten versorgt wurden. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß so etwas nicht wieder vorkommt. Zum Schluß wurde Kollegen Würzberger vom Kollegen Münch im Namen der Zahlstelle für seinen lehrreichen Vortrag der Dank ausgesprochen, mit dem Wunsch, uns öfter solche Vorträge zu halten, insbesondere für die Zukunft überhaupt den Zahlstellen des besetzten Gebietes etwas mehr Beachtung zu schenken.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

1. Öffentliche Rüge. Dem Kollegen Max Lehmann, geboren den 23. Oktober 1891 in Ludenwalde, wird hiermit auf Grund der Bestimmungen des § 15 Abs. 2 des Statuts eine scharfe öffentliche Rüge erteilt und zugleich auch bis zur Dauer eines Jahres das Recht zur Beteiligung von Ehrenämtern innerhalb unserer Organisation aberkannt.

Der genannte Kollege hat als Betriebsratsvorsitzender eines größeren Betriebes öffentlich Propaganda unter den Mitgliedern der Zahlstelle gemacht, trotz höherem Verdienst in der niederen Beitragsklasse zu steuern. Da er trotz wiederholt erfolgter Warnungen diese den Verband schwer schädigende Handlungsweise nicht aufgab, sehen wir uns veranlaßt, dem Antrage der Ortsverwaltung der Zahlstelle Ludenwalde entsprechend obige scharfe Rüge gegen den Kollegen Lehmann zu veröffentlichen.

2. Die Zahlstelle Neudamm ist mit Ablauf des dritten Quartals eingegangen. Die dort noch vorhandenen Mitglieder werden als Einzelmitglieder von der Gauverwaltung in Berlin weitergeführt.

3. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu gerückt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden:

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
Ludenwalde	5	5	10	10	20
Reußlingen	5	5	10	20	20
Schleiß	5	15	15	20	20

Abrechnungen
vom 3. Quartal gingen bis zum 13. Oktober bei der Verbandskasse ein von:

Frankfurt a. D. 325,— M., Neudamm 75,— M., Sietlin (2. und 3. Quartal) 380,— M., Tüft 120,— M., Lübeck 665,— M., Oldenburg 470,15 M., Rüstingen-Wilhelmshaven 94,80 M., Schwerin 301,80 M., Burg b. Magdeburg 193,05 M., Osterwick 255,— M., Rathenow 1800,— M., Wittenberg 475,— M., Hildesheim 50,— M., Wanfried 1000,— M., Wesel 145,— M., Gau Rheinland links d. Rh. 327,10 M., Köln 1512,20 M., Stadel 359,55 M., Aftenburg 300,45 M., Eisenach 166,— M., Götting 187,20 M., Sonneberg 275,— M., Weimar 539,05 M., = Crimmitschau 900,— M., Grimma 3534,99 M., Meissen 215,55 M., Seiffenhersdorf 900,— M., Würzen 1730,40 M., = Erlangen 476,30 M.

Wesensänderungen.

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.
Burg b. Magdeburg. B. und K.: A. Daehne, Unternhagen 20.

Rüstingen-Wilhelmshaven. B.: A. Krumbiegel, Wilhelmshaven, Roonstr. 43;
K.: J. Sauer, Wilhelmshaven, Roonstr. 27.

Ulm a. d. D. B. und K.: E. Weber, Bessererstr. 26 II.
Der Vorstand.